

Berliner Tageblatt



Für unerwartet eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung.

Stell-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Deutschland in Kriegszustand erklärt.

Die Situation war heute im Laufe des Vormittags durch zwei Tatsachen weiter und in sehr schwerwiegender Weise verschärft worden. Es traf die Nachricht ein, daß Rußland nunmehr seine ganze Armee und seine Flotte mobilisieren wolle. Gleichzeitig verstärkte sich der Eindruck, daß die Verhandlungen, durch die man von Berlin aus eine Einigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu erzielen versuchte, resultatlos bleiben würden. Rußland fordert, wie wir glauben sagen zu können, daß Oesterreich-Ungarn am Schlusse des Krieges nicht allein seine territorialen Ansprüche erhebe — Oesterreich-Ungarn hat selbst von Anfang an erklärt, daß es keine territoriale Vergrößerung wünsche, — sondern die russische Regierung verlangt auch, daß Oesterreich-Ungarn sich verpflichte, die Souveränitätsrechte Serbiens nicht anzutasten. Eine über diesen Punkt nach Wien gerichtete Anfrage ist bis zur Stunde unbeantwortet geblieben, und von österreichischer diplomatischer Seite wird erklärt, daß jede Verhandlung nach dieser Richtung hin aussichtslos bleiben müßte. Oesterreich-Ungarn würde nach Uebernahme einer derartigen Verpflichtung jeder Möglichkeit beraubt sein, aus dem Kriege mit Serbien, den es jetzt führt, überhaupt einen Vorteil zu ziehen und sich den notwendigen Schutz gegen die großserbische Gefahr zu sichern.

Es lagen ferner heute Morgen hier an amtlicher Stelle Nachrichten vor, die deutlich zeigten, daß die russischen Verstärkungen, Rußland rüste nur gegen Oesterreich-Ungarn, nicht gegen Deutschland, mit den wirklichen Vorgängen nicht übereinstimmten. Es ging aus diesen Nachrichten hervor, daß Rußland an der deutschen Grenze sehr umfassende Kriegsvorbereitungen treffe, und daß diese Vorbereitungen schon ziemlich weit gediehen seien. Unter diesen Umständen wurden mittags die leitenden Persönlichkeiten der Armee und der Flotte und des auswärtigen Amtes zu einer Konferenz im Reichskanzlerpalais zusammenberufen. Diese Konferenz währte bis 1 Uhr, und es herrschte in ihr naturgemäß eine überaus ernste Stimmung. Vor dem Reichskanzlerpalais hatte sich, durch die vorfahrenden Automobile und Equipagen aufmerksam gemacht, eine große Menschenmenge eingefunden, die mit Spannung zu den Fenstern hinausblickte, hinter denen, wie sie nicht mit Unrecht vermutete, entscheidende Beschlüsse gefaßt wurden. Unmittelbar nach Schluß der Konferenz wurde uns die Mitteilung gemacht, daß auf Grund des Artikels 68 der Verfassung der Kriegszustand in Deutschland erklärt worden sei, was indessen noch nicht einer Mobilmachung gleichkommt. Der Kaiser verlegt heute nachmittags seine Residenz von Potsdam nach Berlin. Wir haben diese Nachrichten darauf in einem Extrablatt in diesen hunderteausend Exemplaren in ganz Berlin verbreiten lassen, was naturgemäß eine ungeheure Bewegung hervorriefen. Etwas später teilte das offiziöse Wolffsche Bureau den Beschluß in folgender Form mit:

Aus Petersburg ist heute die Nachricht des deutschen Botschafters eingetroffen, daß die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee und Flotte beschlossen worden ist. Darauf hat Seine Majestät Kaiser Wilhelm den Zustand der drohenden Kriegsgefahr befohlen. Seine Majestät wird heute nach Berlin überfiebern.

Eine weitere amtliche Note, die durch das offiziöse Bureau ausgegeben wurde, gibt die Meldung in folgender Fassung:

Seine Majestät der Kaiser haben auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung das Reichsgesetz ohne Bayern in Kriegszustand erklärt. Für Bayern ergeht die gleiche Anordnung.

Wir wollen noch eine Mitteilung, die wir von hoher diplomatischer österreichischer Seite erhalten haben, hinzufügen. Die Mitteilung, daß die Mobilisierung der ganzen österreichisch-ungarischen Armee unmittelbar bevorsteht.

Was der in Deutschland angeordnete Kriegszustand rechtlich und praktisch bedeutet, sagen wir weiter unten. Er ist, um es zu wiederholen, noch nicht die Mobilisierung, aber er geht der Mobilisierung nur voran. Rußland und seine Verbündeten können sich keinem Zweifel mehr darüber hingeben, daß Deutschland fest entschlossen ist, vor den Drohungen Rußlands nicht zurückzweichen, und daß es, bei all seiner heißen und tiefwurzelnden Friedensliebe, aus der Lage auch die letzten Konsequenzen ziehen wird. Wir alle empfinden diesen Krieg, der drohend vor uns steht, als ein ungeheürliches Unglück, das über hunderteausende friedlicher Menschen

hereinbricht. Aber jeder in Deutschland ist in dieser schweren Stunde bereit, seine Pflicht zu tun.

\*\*\*

Der Kriegszustand.

Die Voraussetzungen des Kriegszustandes sind in dem Artikel 68 der Reichsverfassung festgelegt. Dieser hat folgenden Wortlaut:

Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit im Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand erklären. Bis zum Erlaß eines die Voraussetzungen, die Form der Verkündung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regelnden Reichsgesetzes gelten dafür die Vorschriften des preussischen Gesetzes vom 4. Juni 1851.

Das Recht zur Erklärung des Kriegszustandes steht dem Kaiser vor. Die Verfügungen der Verkündung des Kriegszustandes sind nach dem Inhalt der folgenden: Mit der Bekanntmachung der Erklärung des Kriegszustandes geht die vollziehende Gewalt an die Militärbehörden über. Die Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden haben den Anordnungen und Aufträgen der Militärbehörden die Folge zu leisten. Daraus werden alle Zivilbehörden des Staates und alle Gemeindebehörden zu Unterbehörden und Vollzugsorganen der Militärkommandanten gemacht; die Anordnungen der letzteren sind auszuführen ohne Rücksicht und ohne Prüfung, ob dieselben nach den Gesetzen zulässig sind; die unbedingte Gehorhamspflicht der Zivilbehörden entbindet dieselben andererseits von jeder Verantwortlichkeit für die Gesetzmäßigkeit der Maßregeln. Die Militärbehörden tragen dieselbe für alle von ihnen ausgehenden Anordnungen persönlich.

Die Militärpersonen stehen während des Belagerungszustandes unter den Gesetzen, welche für den Kriegszustand erteilt sind; und der Befehlshaber der Belagerung hat über sämtliche dazu gehörende Militärpersonen die höhere Gerichtsbarkeit. Gewisse strafbare Handlungen sind mit härterer Strafe bedroht, wenn sie in einem in Kriegszustand erklärten Orte oder Distrikte verübt werden. Es kann ferner zur Anordnung von Kriegsgerichten geschritten werden; die darüber getroffenen Bestimmungen müssen aber ausdrücklich in die Bekanntmachung über die Erklärung des Kriegszustandes aufgenommen oder in einer besonderen, unter der nämlichen Form bekannt zu machenden Verordnung verfaßt werden. Auf Bayern finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Durch besonderes Reichsgesetz vom 30. Mai 1892 sind besondere Bestimmungen über die Vorbereitung des Kriegszustandes in Elsaß-Lothringen ergangen.

Ueber die Form der Verkündung des Kriegszustandes bestimmt der § 3 des geltenden preussischen Gesetzes von 1851:

Die Erklärung des Kriegszustandes ist bei Trommschlag und Trompenschlag zu verkünden und außerdem durch Mitteilung an die Gemeindebehörden, durch Anschlag auf öffentlichen Plätzen und ohne Verzug zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Die Aufhebung des Kriegszustandes wird durch Anzeige an die Gemeindebehörden und durch die öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Zu den Verfügungen ist noch zu bemerken, daß die Erklärung des Kriegszustandes die Einführung einer vorübergehenden Militär-diktatur bedeutet. Damit sind zugleich die Bestimmungen des Artikels 36 der preussischen Verfassung und die entsprechenden Bestimmungen anderer Landesverfassungen außer Kraft gesetzt, wonach die bewaffnete Macht zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetz bestimmten Fällen und Formeln und auf Requisition der Zivilbehörden verwendet werden darf.

Unterbrechung des telegraphischen Verkehrs in Deutschland.

Nach den Anhängeloselekt des Haupttelegraphenamts und des Telegraphenamts Berge in Berlin, erließen voraussichtlich Telegramme ein bis zwei Stunden Verzögerungen nach Frankfurt, Hamburg, Straßburg; über zwei Stunden nach Breslau, Danzig, Emden, England, Hannover, Italien, Polen, der Schweiz, Köln, Koblenz, Erfurt, Antwerpen, Freiburg, Heringsdorf, München, Straßburg, Stuttgart.

Die Unterbrechung der deutschen Seeschifffahrt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Sämtliche Hamburger Reedereien haben ihre auf See befindlichen Dampfer angewiesen, unverzüglich den nächsten Hafen anzulassen und weitere Orter abzuwarten. Aus Hamburg wird heute kein Schiff mehr abgelassen.

Hamburg, 30. Juli. Mit Rücksicht auf die politische Lage ist die morgige Ausfahrt des Dampfers „Imperator“ verschoben worden.

Der Sapagdampfer „Waterland“ tritt die Heimreise vorläufig nicht an.

München, 31. Juli. Gegenüber den Versuchen einzelner Lebensmittelhändler, die Preise zu steigern, erklärte in der heutigen Magistratsitzung der Münchener Oberbürgermeister, daß in München der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln für den Fall einer Mobilmachung Rechnung getragen sei. Es sei viel Vieh vorhanden, ebenso genügend Brotgetreide. Bei einer Verschärfung der Lage würde der Magistrat die notwendigen Maßnahmen treffen.

Kriegsstimmung in Rußland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. London, 31. Juli.

Aus Petersburg wird gemeldet, man befürchte dort, daß Oesterreich heute an Rußland den Krieg erklären werde (?). Das Auslaufen der britischen Flotte von Portland habe in Petersburg einen ungeheuren Eindruck gemacht und hat Rußlands Entschluß bekräftigt, sich auf seine Waffen zu verlassen. Die Ansprüche des Zaren an die Armee und an die Marineabteilung hat tiefen Eindruck auf das Publikum gemacht. In den Ruslow-Werken wird heute wieder mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet. Man nimmt an, daß im Falle der Kriegserklärung der Zau nach Moskau gehen werde, um von der Isperisty-Ratbedrale aus ein Manifest zu erlassen.

Die Stimmung in Paris.

Unsinnige Anflagen gegen Deutschland. — Keine sofortige Auszahlungen bei den Sparfassen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA Paris, 31. Juli.

Die Minister hatten sich gestern abend in den Couloirs der Kammer den Deputierten gegenüber ziemlich zuversichtlich ausgesprochen, und unter diesem Eindruck legte sich nachts die Beunruhigung der Bevölkerung etwas. Heute früh ist jedoch alles wieder verschwunden, und die Stimmung ist äußerst gedrückt. Dieser Umkipfung ist vermutlich auf drei Gründe zurückzuführen: erstens auf die (falsche Die Red.) Nachricht von der Besetzung Belgrads, zweitens auf die Worte Sir Edward Grey im Unterhause, daß die Lage sich nicht gebessert habe, und drittens auf die Telegramme, die über London aus Petersburg und Berlin kommen und von deutsch-russischen Verhandlungen berichten. Die Tatsache, daß zwischen diesen beiden Staaten konfiziert wird, sollte eigentlich beruhigend wirken. Aber nach dem Wortlaut der darüber hier vorliegenden Gasa-Beladungen könnte man annehmen, daß die Verhandlungen in einem merklich energiegelichen Tone geführt werden. Alle diese Meldungen haben die öffentliche Meinung beunruhigt, und heute morgen ist die Presse sehr trübe gestimmt. Immer deutlicher werden die Anflagen gegen Deutschland als den einzig Schuldigen an der Gefahr. Auch der bisher vorläufige und maßvolle „Matin“ schreibt heute: Die internationale Krise verlängert sich und wird vermutlich gefährlicher. Wird sie durch den Krieg oder den Frieden eine Lösung finden? Deutschland kann allein heute die Antwort darauf geben. Wenn Deutschland endlich sich entschließt, auf Wien einzuwirken, um österreichisch-russische Unterhandlungen zu erleichtern, so kann der Friede noch gerettet werden. Wenn Oesterreich die ihm angebotenen Unterhandlungen zurückweist, so mag die Verantwortung für die öffentlichen und privaten Katastrophen, die über Europa hereinbrechen, die deutsche Nation tragen. Die Triplicente kann stolz darauf sein, daß sie treu der Sache der Zivilisation und der Freiheit der Völker gedient hat. Das „Echo de Paris“ schreibt: Deutschland hat in Petersburg daselbstes Mandat begonnen, nach dem es in Paris nach dem österreichischen Ultimatum operiert hat. Zuerst einen Einschüchterungsversuch, dann einen Versuch der Unterhandlungen. Es ist das Vermerkliche System der warmen und der kalten Dusche. Wenn Oesterreich nichts verlangt hätte als berechtigte Genugtuung, wenn Deutschlands Absicht nur auf die Erhaltung des europäischen Friedens ginge, so hätten diese Staaten nicht bis gestern zu warten brauchen, um ein aller Welt amehmbares Arrangement vorzuschlagen (!). Wir wollen also nicht auf eine spontane Kundgebung ihres guten Willens rechnen.“ Im „Figaro“ schreibt Gabriel Hanotaux: „Einen Augenblick konnte man glauben, daß Deutschland wirklich die Ringe regeln wollte, daß es vielleicht sogar die Absicht hatte, mit Frankreich zu unterhandeln. Die Frage ist berechtigt, ob man vor vier oder fünf Tagen bei dem ersten Besuch des Freiherrn v. Sclon nicht eine günstige Gelegenheit verpaßt hat, ob wir uns damals nicht Deutschland hätten anschließen sollen, um von ihm einen wohltätigen Einfluß auf Oesterreich zu erwirken, während wir unsererseits mit Rußland verhandelt hätten. Aber angezichts der pessimistischen Nachrichten, die jetzt verbreitet worden sind, hat man begonnen, an der Nützlichkeit dieses zweideutigen (!) Schrittes Deutschlands zu zweifeln. Vielleicht sieht Deutschland unter dem Einfluß einer Militärpartei; vielleicht will es der Spionage vorzuziehen, in der Rußland seine militärischen Rüstungen vollenden hat. Die Sozialisten Jaurès, Sembat und andere, die gestern aus Brüssel zurückgekehrt sind, kündigen eine große Kundgebung gegen den Krieg als bevorstehend an; diese dürfte aber ebenso zwecklos verlaufen wie die früheren. Die Sozialdemokratie steht den gegenwärtigen Ereignissen in Frankreich vollständig ohnmächtig gegenüber. In der „Guerre sociale“ schreibt Gustav Hervé: „Das Vaterland ist in Gefahr; das Vaterland der Revolution ist in Gefahr. Den Soldaten und Offizieren die dort an der Grenze Gewehr bei Fuß stehen, wollen wir nur das eine sagen und wiederholen, daß sie ihren Dienst ohne irgendwelchen Argwohn tun können. Niemand von uns wird ihnen in den Rücken fallen. Hier in Paris haben wir schon aus dem Gefühl der Internationalen die Strophe über die Generale gestrichen, und die so geringe Internationale ist nichts anderes als die Marschälle, die unsere Väter vor hundert Jahren gesungen haben.“ In Paris machen sich die wirtschaftlichen Folgen der großen Krise immer mehr bemerkbar. Alle Restaurants haben heute Mafate angeschlagen in denen sie erklären, daß sie fünfzig- und Hundertfrancscheine nicht